

Problemverhalten an Schulen, Frühförderung und Bildungserfolg
Symposium Jacobs Foundation
4. Oktober 2019

Spannungsfelder und gegenseitige
Erwartungen
zwischen
Wissenschaft und Bildungspraxis/-Politik

Beat. W. Zemp
Ehrenpräsident LCH

1. GETRENNTE WELTEN UND KOMPLEXE INTERESSENLAGE

Komplexe Interessenlage bei der Präventionsforschung und Frühförderung

- ✓ Lernchancen nutzen, Angebot für alle Kinder (Pädagogik)
- ✓ «Schultauglichkeit» der Kinder (Lehrerschaft, Behörden)
- ✓ Vermeidung hoher Folgekosten (Behörden, Politik)
- ✓ Chancengerechtigkeit von sozial Benachteiligten erhöhen (Sozialpolitik, Armutsbekämpfung)
- ✓ Qualitätsstandards erschaffen (Wissenschaft)
- ✓ Mehr Frauen in den Arbeitsmarkt (OECD, Wirtschaft)
- ✓ Amortisation Ausbildungskosten (Volkswirtschaft)
- ✓ Neue Geschäfts- und Betätigungsfelder (Kitas; Krisenint.)
- Föderaler, subsidiärer Staatsaufbau erhalten statt Überregulierung auf Bundesebene (Staatspolitik)
- Gefährdung der Autonomie der Familie verhindern (Wertepolitik)
- Kindererziehung als private Aufgabe vs. gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe (Staats- und Gesellschaftsverständnis)
- Kostenfolgen von schulischen Präventionsprojekten und Angeboten der Frühförderung (Finanzpolitik)
- Ausweisen statt Integrieren (Migrationspolitik)

Gespaltene Wissenschaft

Auftragsforschung Empirische Studien

Auftragnehmer: oftmals Büros
wie Ecoplan, Infrac, Brägger, etc.

Auftraggeber z.B.: OECD, Bund,
Kantone, Stiftungen, Verbände

Konsequente Ausrichtung
am Auftrag

Auftragsforschung wird von
der Hochschulforschung zu
wenig wahrgenommen

„Freie“ Forschung an Hochschulen

(mit Fremdmittelinwerbung)

Themenwahl, Methodik,
Publikationen sind weitgehend
frei

Ausrichtung an
wissenschaftlicher
Community und an
Eigeninteressen der Prof.

Hochschulforschung wird
von der Praxis/Politik zu
wenig wahrgenommen

Je eigene Welten

Hochschulforschung

Fokus auf:

- eigene Community
- methodisch gut eingrenzbare Themen
- Forschungsinteressen

Bildungspraxis (LP/SL)

Fokus auf:

- Pragmatische Lösungen
- berufliche Evidenz
- Gesundheit im Beruf
- Ethik, Pädagogik

Auftragsforschung

Fokus auf:

- Anliegen der Auftraggeber
- Verständlichkeit
- Resonanz

Politik, Schulbehörden

Fokus auf:

- Kosten
- Aktuelle Probleme
- Akzeptanz
- Medien

Stiftungen - Praxis

- Hoher Zeitbedarf und Aufwand für die Einreichung von Gesuchen
- Hohe Ansprüche an die Praxis betr. Kooperation und wissenschaftliche
- Positiv: Innovative Projekte mit begleitender Evaluation und Kommunikation (Forschungswissen *und* Erfahrungswissen)
- Finanzierung von Pilotprojekten (gemischte Trägerschaft) möglich, aber keine flächen-deckende Einführung von Innovationen

**2. FBBE UND PRÄVENTION:
STARKE WISSENSCHAFTLICHE ERKENNTNISSE
ABER MANGELNDE POLITISCHE UMSETZUNG**

Edith Olibet Stadt Bern (Exekutive) zum Frühförderkonzept Primano

gefördert von der Jacobs Foundation

TA 28.11.2007

„Die Statistiken zeigen, dass sozial benachteiligte Kinder in Sonderklassen übervertreten, bei weiterführenden Schulen und in Lehrstellen aber untervertreten sind. Wir müssen die Kinder also möglichst früh fördern, in einem Alter, in dem sie schnell und viel lernen, denn wenn sie in den Kindergarten eintreten, ist es meist schon zu spät.“

Studie Frühkindliche Bildung Schweiz

Margrit Stamm 2009 für die Unesco Kommission
mitfinanziert von Jacobs Foundation

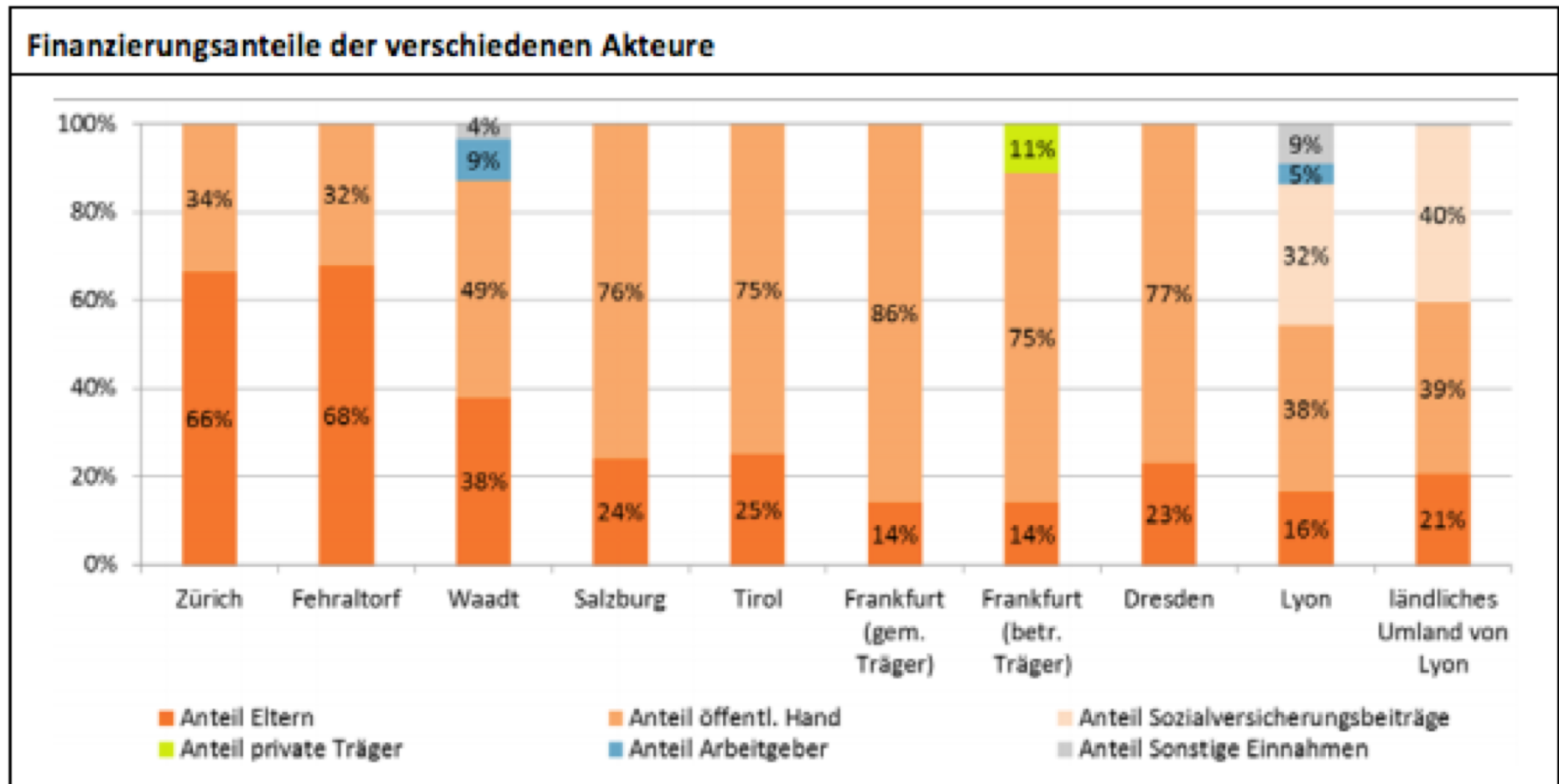
Drei Bereiche entpuppen sich als Schwächen und mit hohem Entwicklungsbedarf:

- die internationale Anschlussfähigkeit,
- die Förderung benachteiligter Kinder und solcher mit besonderen Bedürfnissen sowie
- die Sicherung der pädagogischen Qualität familienergänzender Betreuungsangebote.

Studien Infrac & Ecoplan für den Bund 2013/2015

Vorge stellt durch Arbeitgeberverband in der Parl. Gruppe Arbeit 2016

Grafik 1 Finanzierungsanteile der verschiedenen Akteure

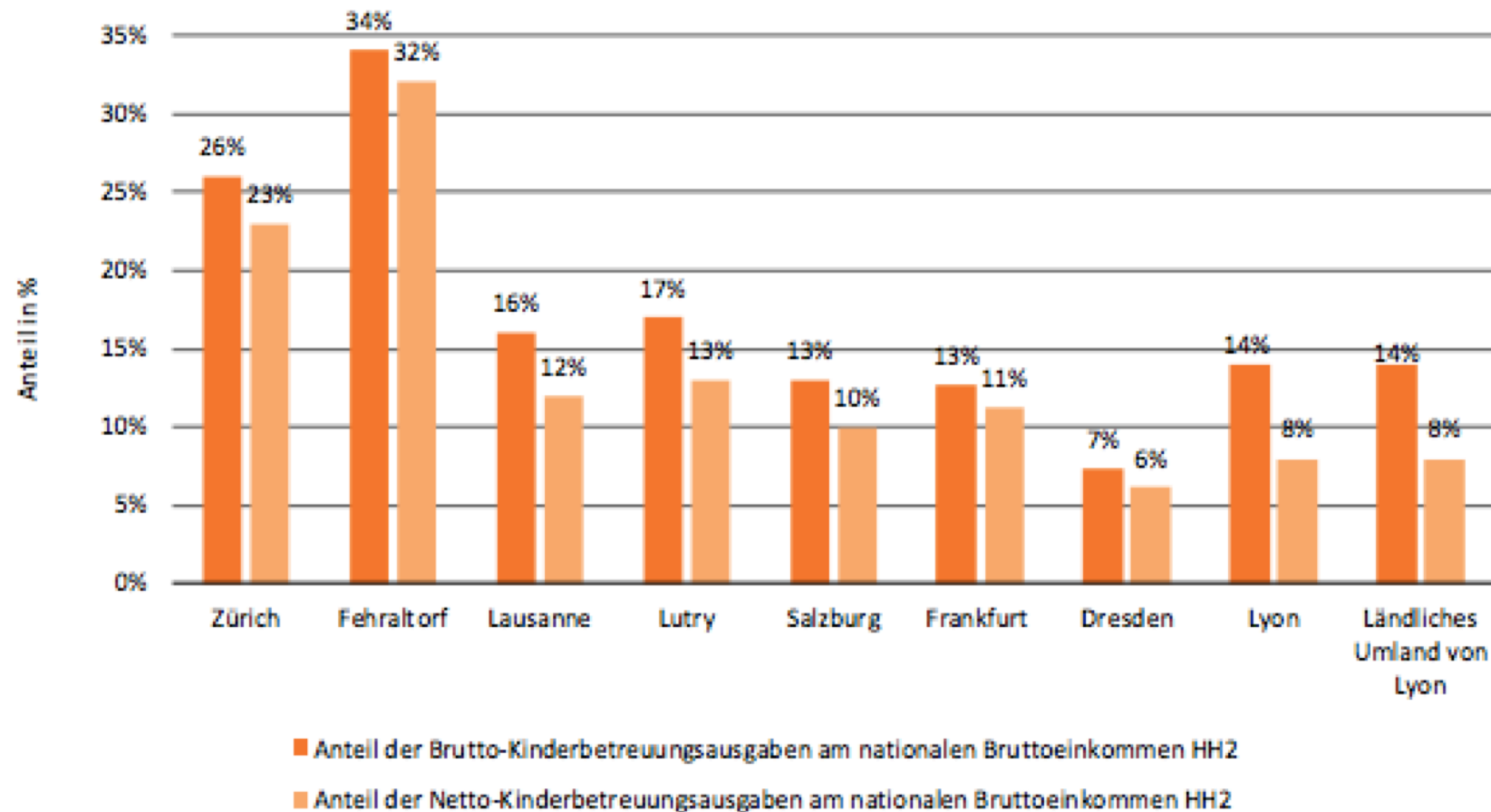


Quelle: Bericht Kostenvergleich (vgl. Anhang 2, Kap. 7.3)

Belastung der Elternhaushalte

Studie Infrac 2015 für den Bund

Anteil der Kinderbetreuungskosten (brutto/netto) am durchschnittlichen nationalen Bruttoeinkommen pro Haushalt, Einelternhaushalt, 100% erwerbstätig, zwei Kinder im Vorschulalter, je 5 Krippentage pro Woche



Verfassungsartikel 2013

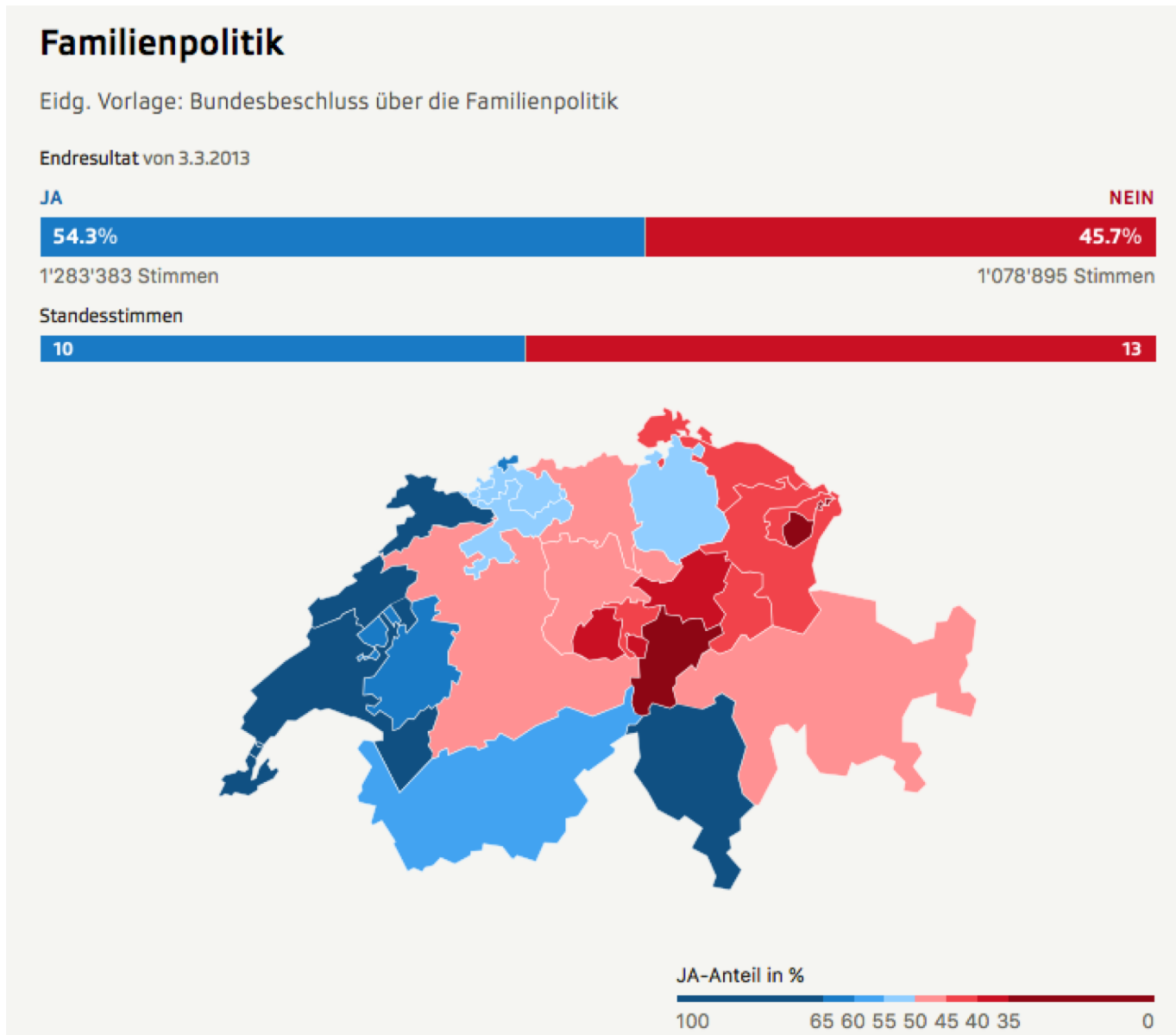
Art. 115a Familienpolitik

1 Der Bund berücksichtigt bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Bedürfnisse der Familie. Er kann Massnahmen zum Schutz der Familie unterstützen.

2 Bund und Kantone fördern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung. **Die Kantone sorgen insbesondere für ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen.**

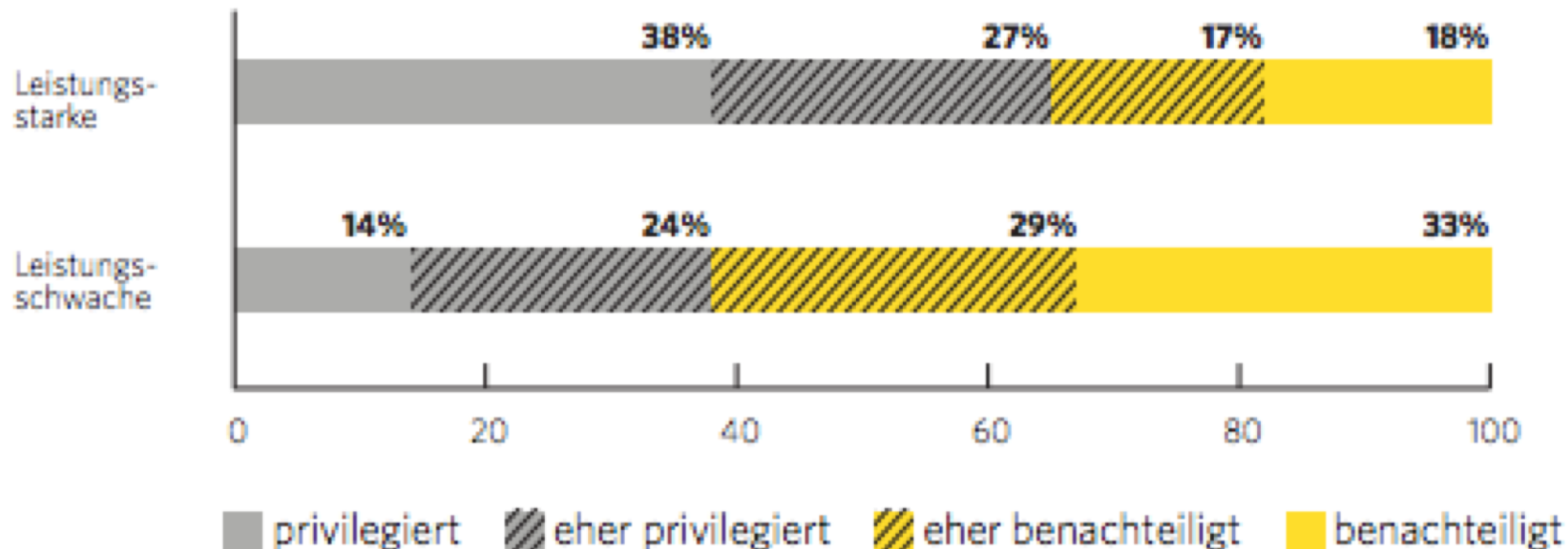
3 Reichen die Bestrebungen der Kantone oder Dritter nicht aus, so legt der Bund Grundsätze über die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung fest.

Abstimmung 2013 über den Bundesbeschluss zur Familienpolitik



Anteile leistungsstarke SuS aus sozial schwachen Familien (Ready Charta - Jacobs 2017)

Von den leistungsstarken ErstklässlerInnen in Mathematik stammen im Kanton Zürich rund zwei Drittel aus einer (eher) privilegierten Familie. Umgekehrt haben knapp zwei Drittel der leistungsschwachen SchülerInnen einen sozial benachteiligten Hintergrund.



Quelle: Bildungsdirektion Kanton Zürich 2014.²

Zwangsfiananzierung durch Eltern

2015 Thurgau

Bundesgericht stoppt Ende 2016 die zwangsweise Elternfinanzierung von Sprachkursen und damit den indirekten Zwang zum Besuch einer kostenpflichtigen Kita oder Spielgruppe im neuen Unterrichtsgesetz

„In besonderen Fällen können Schülerinnen und Schüler zum Besuch von Sprachkursen verpflichtet werden.“

Kostenbeteiligung der Eltern: CHF 10 pro 60' Unterricht pro Kind

„Besondere Fälle“: kein vorschulischer Besuch einer Kita oder Spielgruppe

Berufung auf Art 302 Abs 1 ZGB:

Die Eltern haben das Kind ihren Verhältnissen entsprechend zu erziehen und seine körperliche, geistige und sittliche Entfaltung zu fördern und zu schützen.

Die 2018 eingereichte Standesinitiative des Kantons TG (Einschränkung der Unentgeltlichkeit der Volksschule bei mangelndem Integrationswillen) wurde vom SR am 24.9.2019 abgelehnt.

Neue Versuche im Parlament 2019

Der Bundesrat wird beauftragt, eine **Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der frühen Förderung von Kindern in der Schweiz** zu erarbeiten (**Postulat der WBK NR**).

Eine Minderheit (Pieren, Bigler, Dettling, Flückiger Sylvia, Glauser, Gutjahr, Herzog, Keller Peter, Tuena) beantragt die Ablehnung des Postulates.

Erwartet werden eine **Auslegeordnung**, in der **Defizite** benannt werden, sowie eine **Strategie** zur Verbesserung der Situation inklusive Finanzierung. Schliesslich ist aufzuzeigen, welche **gesetzlichen Anpassungen** hierfür notwendig sind.

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates. (29.5.2019)

Der NR nimmt ebenfalls an (5.6.2019)

Neue Stimmen aus der Praxis

«So, wie immer mehr Kinder in den Kindergarten kommen, werden die Lehrpersonen bald nicht mehr unterrichten können.»

Andreas Wirth, Schulpräsident Frauenfeld, Kantonsrat SVP
Thurgauer Zeitung 21.6.2019, Tagungsbericht

«Investitionen im vorschulischen Bereich erleichtern den Schuleinstieg für Kinder, Eltern und Schule.»

RR Stefan Kölliker, Bildungsdirektor SVP/SG
Botschafter-Statement auf der Plattform von READY!

3. FAZIT FÜR DIE ZUKUNFT

Fazit

➤ **Motive für frühkindliche Bildung und schulische Präventionsforschung müssen besser gebündelt werden**

Integration der Frauen in die Arbeitswelt, Vermeidung späterer Kosten, Probleme für die Schulen, Chancen für alle Kinder, Veränderte Sozialisierung mit Einkindfamilien und Verkehrsgefahren im öffentlichen Raum, wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Präventionsforschung etc.

➤ **Gegnerschaft der FBBE profitiert von Tabus**

Steuersenkungen und Privatisierung vs. Qualität der FBBE und Prävention, Bündelung von interkantonalen Erfahrungen vs. Föderalismus, Schutz der klassischen Familie vs. neue soziale Realitäten, Aufteilung Zuständigkeiten EDK-SODK vs. Primat beim Bildungsbereich, Erziehungshoheit der Familie vs. soziale und individuelle Förderung jedes Kindes (Bundesgerichtsurteil zum Homeschooling) etc.

Gegnerschaft sofort aktiv

Partezeitung **SVP-Klartext Juni 2019**

Mit Frühförderung soll die verfehlte Migrationspolitik ausgebügelt werden

18. Juni 2019, **Verena Herzog**, Nationalrätin, Frauenfeld

Jetzt ruft Mitte-Links nach flächendeckender frühkindlicher Förderung, dies obwohl deren Nutzen nicht erwiesen ist. Angesichts der Tatsache, dass Gewalt in der Erziehung bei nicht integrierten Familien ein häufigeres Problem ist, liegt der Verdacht nahe, dass eine verfehlte Zuwanderungspolitik durch staatlich verordnete Krippenerziehung wettgemacht werden soll.

ARTIKEL TEILEN

THEMEN

AUSLÄNDERPOLITIK

Artikel drucken 

ÜBER DEN AUTOR



„Neu soll zusätzlich jedem Kind ab Geburt bis ins Erwachsenenalter der Zugang zu frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) garantiert sein.“

«Harmos für Babys» kommt nicht

Sozialdirektoren fürchten sich vor SVP-Opposition – Flickenteppich bleibt

TIMM EUGSTER

Für berufstätige Eltern bleibt es Glückssache, ob ihr Wohnort genügend, zahlbare und gute Krippenplätze anbietet: Die Sozialdirektoren verzichten auf ein Konkordat mit einheitlichen Regeln für alle Kantone.

Diesmal hat die SVP schon gewonnen, bevor sie den Kampf aufgenommen hat: Ein «Harmos für Babys», wie das angestrebte interkantonale Konkordat für die 0- bis 4-Jährigen analog dem umstrittenen Konkordat für die Schulkinder betitelt wurde, wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Dies hat der Vorstand der Schweizerischen Sozialdirektorenkonferenz (SODK) beschlossen. Das Thema wurde an der gestrigen Jahresversammlung nicht einmal mehr diskutiert – der Vorstand informierte bloss, dass das Projekt nicht weiterverfolgt wird. «Die Erfah-

Fehr: «Nun kann der Kanton Basel-Stadt weiterhin bis zum Mutterleib vorpreschen – aber die anderen können wenigstens weiterhin föderalistisch-eigenständig das tun, was sie für richtig halten.» Er attestiert der SODK, sie sei «immerhin lernfähig». Die SVP werde die Hoheit der Kantone weiterhin verteidigen und sich gegen eine «Bildungspolitik mit DDR-Tendenz» wehren, kündigt Fehr an.

EMPFEHLUNGEN. Die SODK hält ihrerseits an ihren Zielen fest – und will den Kantonen unverbindliche Empfehlungen verschicken, die auf folgenden Punkten basieren:

- > Schaffung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots: Jedes Kind soll die Möglichkeit für einen Betreuungsplatz haben.
- > Förderung der Qualität (Ausbil-

nicht auf einen Schlag». Schweizweit einheitliche Qualitätsstandards erhofft sich Hilber zudem vom bundesrätlichen Vorschlag zur Revision der Pflegekinderverordnung.

Weiter kämpfen wollen auch die fünf Politikerinnen von den Grünen bis zur BDP, welche die Diskussion vor vier Jahren ins Rollen gebracht hatten. «Jetzt werden wir zusammensitzen und prüfen, ob wir einen Mustervorstoss formulieren, der in allen Kantonsparlamenten eingereicht werden könnte», kündigt die Aargauer Ständerätin Christine Egerszegi (FDP) an. Ursprünglich hatte die Gruppe in gleichlautenden Vorstössen noch einen «Krippen-Artikel» in der Bundesverfassung gefordert.

BLOCKADE IN BASELSTADT. Nicht aktiv zu werden brauchen die Politikerin-

In Zukunft: mehr Kampagnen

- ***Mehr gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit*** auf der Basis von erfolgreichen Präventionsprojekten (Praxiswissen *und* Forschungswissen)!
- ***Fördern statt «flicken»***: Reparaturkosten sind enorm hoch. Prävention lohnt sich!
- ***Bedürfnisse von Kindern ernst nehmen!***
Oftmals kein selbstständig begehbare Aussenraum, Bewegungsarmut, fehlende Anregungen für das «Spielen» und für soziales Lernen.



Lassen wir uns nicht verunsichern!

«Eine neue wissenschaftliche Wahrheit pflegt sich nicht in der Weise durchzusetzen, dass ihre Gegner überzeugt werden und sich als belehrt erklären, sondern vielmehr dadurch, dass ihre Gegner allmählich aussterben und daß die heranwachsende Generation von vornherein mit der neuen Wahrheit vertraut gemacht ist.»

Max Planck
(1858 – 1947)

